

JAIME CAYCEDO

Der Demokratische Alternative Pol – eine politische Aktions-einheit der Linken in Kolumbien

Jaime Caycedo – Dr., Anthropologe, Professor an der Nationalen Universität Kolumbiens, Bogotá, Generalsekretär der Kolumbianischen Kommunistischen Partei.

Politische Aktionseinheit der Linken.

Das Abkommen AD-PDI (Demokratische Alternative-Unabhängiger Demokratischer Pol), das am 6. Dezember 2005 unterzeichnet wurde, und die Entstehung des Alternativen Demokratischen Pols sind ein Schritt von großer Bedeutung für die Volkseinheit in Kolumbien. Ungeachtet des zur Schau getragenen Skeptizismus der dem System hörigen Medien und des Kalküls einiger Gegner hat sich in der Linken eine politische Aktionseinheit hergestellt. Allgemein konnte man früher die Voraussage hören, dass die Wahlen die Linke spalten. Jetzt ist die Einheit mitten in einem Wahlprozess möglich geworden. Es ist etwas noch nie Dagewesenes auf Grund der Bedeutung der Kräfte, die sich hier neu gruppieren, die entschiedenste Linke – in ihren verschiedenen Strömungen – und die Zwischensektoren, die sich selbst als Mitte-Links definieren. Im Unterschied zu früheren Versuchen einer Umgruppierung von Strömungen der linken Mitte, die bewusst die am meisten dem Volksempfinden verpflichtete Linke ausschlossen, ist diesmal diese einschränkende und opportunistische Scheuklappe durchbrochen worden. Die Linke, die die Zeitung »El Tiempo« und allgemein die Medien des Systems so unablässig kritisieren, ist ein dynamischer Faktor des neuen Prozesses, ohne von ihren Prinzipien noch von ihrem transformatorischen Projekt abzugehen.

Aber es geht nicht nur um ein Projekt für die Wahlen. Dieser Fortschritt bedeutet im Kontext des Kampfes gegen das reaktionäre Projekt der gegenwärtig Herrschenden, die ihre Herrschaft damit verewigen wollen, einen ersten Versuch, diese Macht der Lumpenschicht der Großbourgeoisie, dem Narkoparamilitarismus und dem transnationalen Kapital, die den Imperialismus im kolumbianischen Staat repräsentieren, streitig zu machen. Es geht um die politische Macht, nicht um sie um jeden Preis in die Hand zu bekommen, wie in der pragmatischen und auf das »Mögliche« fixierten Sicht, die nur darauf abzielt, die Krise des neoliberalen Modells zu verwalten und die damit das Streben großer sozialer Sektoren nach einem Wandel verrät; sondern es geht um die Volksmacht, um damit die Gesellschaft umzugestalten, um ein anderes Land aufzubauen. Der Erfolg wird abhängen von der praktischen Stärkung und der politischen Kohärenz der fortgeschrittensten, am besten organisierten und dynamischsten Kräfte in diesem Prozess.

Einheit bei Bewahrung von Unterschieden und Identitäten.

Die Einheit in mittelfristiger Perspektive

Wie kann man unter diesen Bedingungen eine pluralistische Koalition von Kräften aufbauen? Die Form, die der Prozess der Einheit

genommen hat, ist die einer politischen Aktionseinheit mit Elementen eines gemeinsamen Programms und Vorstellungen für die Zukunft, die sich in der Diskussion befinden.

Der Hauptpunkt dabei war, dass der in Gang gesetzte Prozess die Unterschiede und Identitäten respektiert und sich darauf konzentriert, die politischen und programmatischen Übereinstimmungen, die Ziele, die erreicht werden sollen, und die Beschlüsse, die gefasst werden müssen, um sie zu erreichen, herauszufinden. Es musste die Idee überwunden werden, die von den Modellen der rechten Sozialdemokratie inspiriert war, dass die Auflösung aller Parteien und Kräfte, nicht nur die Aufgabe ihrer Existenz als juristische Personen, Vorbedingung für die Einheit sei. Dieses liquidatorische Argument ist in der Realität der kolumbianischen Linken unhaltbar, sie hat unterschiedliche historische Wurzeln; einige davon, wie die kommunistische Identität und die mit sozialistischer Inspiration, waren über Jahrzehnte dem Sperrfeuer des Ausschlusses und der physischen Vernichtung durch das herrschende Zweiparteiensystem ausgesetzt, und sie sind nicht bereit zu verschwinden. Schon das Bestreben, sie als »Tendenzen« einzuordnen, zeigt die perverse Absicht, ihre Bedeutung als historisch gewachsenes Erbe, ihren Beitrag zu einem Kampf ohne Schwankungen und ohne Pause an der Seite des werktätigen Volks, geprägt vom Klassenstandpunkt, ihre Absage an die Gewalt und den Staatsterrorismus, ihren Beitrag zur Demokratie und zur Suche nach einem Frieden mit sozialer Gerechtigkeit abzuwerten. Außerdem ist es gerade ein Reichtum der alternativen oppositionellen Bewegung, die sich in der kolumbianischen Gesellschaft herausbildet, dass sie emanzipatorische Strömungen von universeller Geltung, mit kritischem Herangehen an die Betrachtung der kolumbianischen und lateinamerikanischen Realität, Strömungen der Rebellion und des frontalen Widerstandes gegen das antidemokratische System und den Imperialismus repräsentiert. Die Einheit ist pluralistisch oder sie kann nicht funktionieren. Die revolutionäre Linke hält am Kurs auf die Einheit fest und vertritt in ihr ihre Klassenpositionen, die Interessen der Volksbewegung und ihre fortgeschrittensten Ziele.

Was wir wollen ist arbeiten, um die Einheit auch in Zukunft zu erhalten, auszuweiten und zu entwickeln, andere politische Strömungen zu integrieren, eine organische Beteiligung am Tages- und sozialen Kampf zu erreichen und einen flexiblen und umfassenden Mechanismus der Volkseinheit, ausgehend von den Basisorganisationen zu schaffen. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen beginnt sich die Notwendigkeit durchzusetzen, die Anstrengungen für den Wandel zu einer fortgeschrittenen Demokratie und für einen neuen Weg der sozialen Entwicklung zu vereinen, für einen Entwicklungsweg, der die imperialistische Globalisierung und ihre Quelle, den Kapitalismus, in Frage stellt. Diese strategische Perspektive auf lange Sicht schließt ein, jene historisch angesammelten Kräfte zu vereinen, die zwar vorhanden sind, aber gespalten sind durch die Eigenheiten des politischen Regimes, das der herrschende Block uns aufgezwungen hat, verstärkt durch den militärischen Interventionismus des Imperialismus. Die Einheit, die gegenwärtig erreichbar ist, ist die zwischen den Kräften, die im politischen und sozialen Wider-

stand kämpfen, die die demokratischen und die Tagesforderungen des Volkes erheben, die die Menschenrechte und den Frieden einfordern, sowie die politische Einheit im Wahlprozess. Diese Diversität von Problemfeldern, die der Einheit zugrunde liegen, kann sich nicht in einer vertikalen und vornehmlich auf die Wahlen bezogenen Partiestruktur entfalten. Viel geeigneter ist die Erfahrung einer Front, die eine Einheit von Einheiten in programmatischer, politischer und praktischer Übereinstimmung zusammenführt. Eine klassische und wirkungsvolle Erfahrung ist die der Frente Amplio Uruguays.

Das Abkommen, das im Dezember 2005 erreicht wurde, bestand darin, den politischen Status des PDI (Unabhängiger Demokratischer Pol) zu nutzen, wobei seine Statuten zu modifizieren und anzupassen waren, was durch den Kongress dieser Partei autorisiert wurde. Unter dem neuen Namen, den neuen Statuten und dieser juristischen Zulassung haben sich der Unabhängige Demokratische Pol, die Soziale und Politische Front (FSP), die Linke Revolutionäre Arbeiterbewegung (MOIR), die Demokratische Einheit (UD) und die Bürgerbewegung (MD) zusammengeschlossen und den Alternativen Demokratischen Pol (PDA) formiert. Jeder politische Sektor behält seine eigene Organisation; das bedeutet, die Identität der verschiedenen Kräfte wird respektiert im Rahmen einer gemeinsamen politischen und organisatorischen Leitung und einer Parlamentsfraktion, die durch den Vorstand der Einheit repräsentiert wird.

Zwischen Partei
und Bewegung.

Bekanntlich fand gegen Ende des Jahres 2006 der Kongress der Einheit statt. Der PDA entstand als eine komplexe Formation, ein Mittelding zwischen einer Partei und einer Bewegung, in der politische Parteien und Bewegungen mit historischem Werdegang, jüngst entstandene Gruppierungen und Einheitsbewegungen zusammenwirken und zugleich ihre jeweilige Identität bewahren. Als ein Prozess im Aufbau stellt sich der PDA die Aufgabe, die Einheit von unten aufzubauen und die Beteiligung an Wahlen mit dem Einsatz für die breiteste Mobilisierung und Organisation des Volkes zu verbinden, mit gemeinsamen Basisorganisationen in den Wohngebieten, Gemeinden und Departements.

Die programmatischen Leitlinien der Einheit

Ein erster wichtiger Punkt ist das programmatische Abkommen, das sich Ideario de Unidad nennt. Seine Bedeutung ergibt sich aus zwei Aspekten, die miteinander eng verbunden sind. Erstens stellt es eine Übereinkunft über Programmpunkte des Kampfes um eine demokratische Öffnung dar, im Gegensatz zu der »Sicherheit«, von der Alvaro Uribe spricht, so unter anderem das Ringen um ein soziales Wirtschaftsmodell, das dem Neoliberalismus eine Absage erteilt, die Vorrangigkeit einer politischen Lösung des bewaffneten Konflikts durch Verhandlungen, die Unterstützung für die Agrarreform, die Absage an den Freihandelsvertrag mit den USA und die ALCA, die Wiederherstellung des Bildungswesens und des Gesundheitswesens als unveräußerliche Verpflichtungen des Staates. Zweitens konkretisiert es für die gegenwärtig laufende Wahlkampagne (es handelt sich um die Kongresswahlen vom März und Präsidentschaftswahlen vom Mai 2007 – d. Red.) demokratische und vom Volk geforderte Ziele, die für die soziale und politische Mobilisierung der Massen erhoben

Alvaro Uribe Velez,
Präsident Kolumbiens seit
2002, wurde im Mai 2006
für die Amtsperiode bis
2010 wiedergewählt.

und dem Modell Uribes und seinen Wiederwahlbestrebungen entgegengestellt werden. Das heißt, das Einheitsprogramm ist mehr als ein am Schreibtisch ausgearbeitetes Dokument, es verkörpert ein Empfinden, das sich auf den Straßen ausdrückt, auf den Protestmärschen der Bauern und Ureinwohner, in den Streiks der Erdöl-, der Zuckerarbeiter und an den Universitäten, in den Mobilisierungen für die Menschenrechte, für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gegenüber einer Politik, die Komplize des Regimes mit seinen Verbündeten unter der paramilitärischen Ultrarechten ist.

Die programmatischen Leitlinien der Einheit heben die Notwendigkeit hervor, einen politischen Wandel im Staat herbeizuführen, nicht im Ergebnis von Zufälligkeiten, von Kooptierungen durch die gegenwärtige Macht oder »Übereinkommen« mit der Rechten, sondern indem aus der Linken heraus ein Projekt einer demokratischen Regierung mit eigener Identität und mit Umgestaltungsvorhaben vorgelegt wird. Sie legen die Kernpunkte des Kampfes um eine demokratische politische Macht fest, die den Weg bezeichnen, um zu den notwendigen Veränderungen zu gelangen. Die Leitlinien machen die Punkte deutlich, die den Bruch mit dem Zweiparteienmodell in seiner gegenwärtigen Verschleierung als System der »Sicherheit« und Pseudokommunitarismus bedeuten. Sie nennen die Beschlüsse, die eine neue Regierung treffen muss, um zu einer wirklichen Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit voranzuschreiten, als Grundlage für den Frieden, die volle Souveränität und das friedliche Zusammenleben.

Die programmatischen Leitlinien sind noch kein sozialistisches Projekt für Kolumbien. Aber sie schlagen eine Reihe sozialer Reformen vor, die die Grundlagen des gegenwärtig herrschenden Systems von Privilegien berühren: die Agrarreform, die Reform des urbanen Raumes, die Entprivatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, des Gesundheits- und des Bildungswesens. Dazu gehört auch die volle Ausübung der Rechte der Werktätigen, der Frauen, der Jugendlichen, der indigenen und der schwarzen Bevölkerung und der Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen. Die ökonomische und soziale Funktion des Staates wird zurückgefordert, um das neoliberale Herangehen zu überwinden, das in der wirtschaftlichen, politischen und Medienmacht begründet ist.

Als Hauptmerkmal bringt das »Ideario« den Willen zu einer demokratischen Öffnung zum Ausdruck, entgegen der Linie des Regimes, das die fortschrittlichen Errungenschaften der Verfassung von 1991 demontiert hat. Ausdruck dieser demokratischen Öffnung ist die Positionierung für eine politische Lösung des inneren bewaffneten Konflikts, der sozialen und politischen Charakter hat, durch Verhandlungen, die Auflösung der paramilitärischen Apparate und die Entschädigung aller Menschen, die durch die offizielle Politik der Aufstandsbekämpfung und den Staatsterrorismus geschädigt wurden, indem die Verantwortung des Staates dafür anerkannt wird, sowie die Wiederherstellung der Wahrheit, des historischen Gedächtnisses und der Gerechtigkeit.

Als eine Plattform für die Verständigung sind die programmatischen Leitlinien Teil der Prozesse, die noch in der Entwicklung sind. Ihre weitere Entwicklung wird abhängen von den gemeinsamen Er-

Ein linkes Projekt für eine demokratische Regierung in Kolumbien.

fahrungen, der Auseinandersetzung auf der Ebene der Ideen und der wachsenden Einbeziehung des sozialen und politischen Massenkampfes mit der Perspektive einer neuen Volksmacht als Instrument von Umgestaltungen.

Die Einheit in den Aufgaben der Gegenwart

Bisher ist hauptsächlich ein Wahlabkommen zustande gekommen, aber dabei soll es nicht bleiben. Es ist der Beginn einer Erfahrung, die das Tor für die Fortsetzung eines Prozesses öffnet, der neue Definitionen und Präzisierungen verlangen wird.

Es ist ein organisatorischer Mechanismus für eine pluralistische politische Koalition unter den restriktiven Bedingungen des kolumbianischen Wahlsystems gebildet worden. Wie man weiß, hat die Reform von 2003 die Sperrklausel und den Schlüssel für die Verteilung der Sitze eingeführt. Es handelt sich um ein System, das die proportionale Vertretung unterdrückt und eine doppelte Schranke errichtet: Man muss eine Schwelle im Stimmenanteil überwinden (den sogenannten umbral), die gegenwärtig auf zwei Prozent festgelegt ist; und man ist einem bestimmten Mechanismus der Aufteilung der Sitze unterworfen, die nur zwischen den Parteien stattfindet, die den umbral überwinden, und dabei gelten nur ganze Prozentzahlen, ohne Restanteile zu berücksichtigen. Dieses System hat zwei eindeutig antidemokratische Aspekte: Es negiert die Bürgerstimmen, die die Schwelle nicht erreichen, und es »zwingt« zu einer Gruppierung von Kräften, die darauf abzielt, die ideologischen und politischen Identitäten zu verwischen, während gleichzeitig die Möglichkeit der Bildung von Parteienkoalitionen nicht zugelassen ist. Unter dem Vorwand, die früheren Deformierungen zu bekämpfen, die unter der Bezeichnung »Operation Wespe« bekannt sind und mit denen das Zweiparteiensystem das proportionale System verunstaltete – das an sich viel demokratischer war als das gegenwärtige –, wurde ein Paket von Regelungen mit neoinstitutionalistischer Inspiration eingeführt, das darauf abzielt, die politische Vielfalt in der Gesellschaft unter verschiedenen Verhüllungen als Mitte, Mitte-Rechts und Mitte-Links zu uniformieren. Solche Modelle für eine »Demokratie des Marktes«, das heißt eine eingeschränkte und höchst begrenzte Demokratie, propagieren die Organismen der transnationalen Finanzmacht, die Weltbank, der IWF, die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), als ideologische Apparate des Imperialismus. Das sind die großen Errungenschaften des »kommunitären Staates« von Uribe auf dem Gebiet der Demokratie.

Der Einheitsprozess und die Erfahrungen Lateinamerikas

Man kann die Fortschritte bei der Einheit nicht trennen von den anhaltenden Veränderungen, die in Lateinamerika zu beobachten sind, die Erringung von Regierungen der Linkskräfte auf dem Wege von Wahlen.

Fast überall ist der Sieg der Linken nicht Ergebnis der Sammlung von Wahlstimmen durch eine einzige Partei oder Bewegung, sondern Resultat echter Prozesse der politischen Aktionseinheit verschiedener politischer Strömungen um einen größeren Zusammenschluss. Die Prozesse der Verständigung der Linken haben die Rolle

Man versteht darunter die Beteiligung einer Partei an den Wahlen mit mehreren Listen, um mittels der Aufteilung der Reststimmen mehr Mandate als gemäß ihrem Gesamtstimmenanteil zu erzielen. – d. Übers.

Prozesse der Formierung der Linken in Lateinamerika.

von Katalysatoren für Formen der politischen Aktionseinheit gespielt, die zu programmatischen Abkommen führten. Die mehr oder weniger eklektischen programmatischen Versprechungen, die in einigen Fällen auch Raum lassen, um authentische Verpflichtungen für Transformationen zu umgehen, sind Feld der Auseinandersetzung zwischen den Bestandteilen des herrschenden Blocks und den sozialen und politischen Kräften, die für den Wandel kämpfen, innerhalb und außerhalb der Regierung.

In anderen Ländern hat die Kraft des Massenkampfes gegen die skandalösesten Maßnahmen der neoliberalen Politik (die Übergabe der Energiereichtümer an die Transnationalen, die Privatisierung der Wasserversorgung, die Forderung nach verfassunggebenden Versammlungen) ein Programm des Volkes, das sich im Massenkampf materialisiert, hervorgebracht, und das findet heute in den übernommenen Verpflichtungen der Bewegungen, die an die Regierung gelangen, Ausdruck, wie die sehr wichtige Erfahrung in Bolivien zu zeigen scheint.

In Venezuela erweist sich eine außergewöhnliche Führerpersönlichkeit, die aus dem institutionellen Zerbrechen der Streitkräfte hervorgegangen ist, in der Lage, einem lange unterdrückten Fühlen des Volkes Ausdruck zu verleihen. Ein charakteristischer Zug dieser Erfahrung ist die fortgesetzte Qualifizierung der Führung, die politische Befähigung der Persönlichkeit von Chávez, aus der Machtposition heraus ein transformatorisches Projekt für Venezuela aufzubauen, das aus der Perspektive der Vereinigung und Integration Lateinamerikas geplant ist. Das Verdienst von Chávez und der Mannschaft, die sich um ihn herausbildet, besteht darin, die außergewöhnlichen revolutionären Potenzen, die das venezolanische Volk besitzt, trotz der jahrzehntelangen oligarchischen Entfremdung, richtig zu bewerten, und darin, dass er die Bedeutung erkannt hat, die die Berufung auf das Beispiel der Unabhängigkeit, Würde und Entschlossenheit besitzt. Das ist inspiriert von der Option für den Sozialismus als sichere und mögliche Perspektive, die dem abhängigen Kapitalismus der imperialistischen und neokolonialistischen Globalisierung entgegengestellt wird. Der Internationalismus, der begleitet, die Zusammenarbeit, die Solidarität, die Einheit, die eigene Identität, niemals die Kopie, sind die Grundzüge, die die Annäherung an Kuba und ebenso an die Prozesse, die sich in Südamerika vom Imperialismus loslösen, kennzeichnen.

Das Beispiel Venezuela.

Um dem politischen und sozialen Wandel eine feste Grundlage zu geben, reicht es allerdings nicht, dass die Linke an die Regierung gelangt und die Instrumente der Macht gebraucht. Das wichtigste ist, dass Chávez ein Projekt der Umgestaltung mit zutiefst demokratischer Orientierung in Gang gesetzt hat, das in den Kernfragen (nicht in allen Belangen) zu den Bedürfnissen der ärmsten und am meisten vernachlässigten Sektoren der Gesellschaft vordringt. Die Folgerichtigkeit zwischen dem verkündeten emanzipatorischen Projekt und den Schritten, die erfolgt sind, um es, allen Gefahren zum Trotz, zu verwirklichen, weckt bei den Unterdrückten die Überzeugung, dass es möglich ist, die Gesellschaft im Interesse der Volksmehrheit neu zu gestalten, nicht nach den Vorstellungen der überlebten Oligarchien, die sich bereichert haben und mit ihrem politischen Horizont am Ende sind. Indem sich die Umgestaltungsabsichten auf die

strategische Stärke der venezolanischen Energiewirtschaft stützen können, zeigt der Prozess außerdem, dass es nicht genügt, dass ein Land reich ist; das tatsächliche Problem liegt in der Beziehung zwischen den direkten Produzenten dieses Reichtums und seiner effektiven Aneignung durch sie und durch die Volksschichten, nicht mehr durch das Monopol einiger weniger Privilegierten.

Die lateinamerikanische Linke beweist auch, dass die Kraft der Einheit in ihrer Fähigkeit wurzelt, die sozialen Erneuerungskräfte der Gesellschaft in Bewegung zu bringen und zu leiten. Projekte genügen nicht. Was zählt ist das, was verwirklicht wird. Und dies im Maße der Distanz und der Konfrontation mit dem Imperialismus. Das ist an sich in den meisten Fällen kein Ziel der Umgestaltungsprozesse. Es ist Ergebnis der Umsetzung einer Politik, die mit den Rezepten des IWF und der Weltbank bricht, im Innern, das heißt auf nationaler Ebene, und zugleich Ergebnis der Zusammenarbeit von Staaten mit übereinstimmenden Gesichtspunkten, die der Strategie der »Integration«, wie sie der Imperialismus versteht, zum Beispiel der ALCA, oder den Strategien der »Aufstandbekämpfung« wie dem Plan Colombia entgegengesetzt sind. Die Themen der Einheit, der lateinamerikanischen und südamerikanischen Zusammenarbeit haben neue Impulse erhalten, jetzt auf der politischen Ebene. Über den Mercosur hinaus zeigt die Südamerikanische Gemeinschaft von Nationen (CSN) einen gewissen Kontrast auf zwischen den formalen Erklärungen über Kooperation und den gemeinsamen Beschlüssen, die die Kapazität der südamerikanischen oder lateinamerikanischen Partner in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten einerseits, der Europäischen Union und Japan andererseits potenzieren.

Der Weg der Einheit, an dessen Anfang wir stehen, hat von der lateinamerikanischen Volksbewegung viel zu lernen. Die Dimensionen, die der Kampf der Völker erreicht, überschreiten die beschränkten Vorstellungen der Verfechter des »Möglichen« und der Neoreformisten, die als Schranken der Eindämmung gegen tief eingreifende soziale und politische Veränderungen geltend gemacht werden. Heute ist es möglich, schwache Kräfte zu vereinen und Stärken aufzubauen, indem die Anstrengungen vereinigt werden und man sich gegen den Versuch der Isolierung oder die traurige Existenz als Instrumente des Imperialismus zur Wehr setzt. Die kolumbianischen Erfahrungen der Volkseinheit sollen ein eigenes Profil herausbilden, so weit wie möglich entfernt vom Einfluss des Zweiparteiensystems. Aber auch weit entfernt von der Erfahrung der Rechten in der internationalen Sozialdemokratie, die hier die Rolle des Sprungbretts des transnationalen Kapitals der Europäischen Union ausübt. Beide wollen spalten. Sie bedienen sich aller möglichen Vorurteile, des McCarthismus, der Brandmarkung, der Polarisierung. Es gilt Türen und Fenster der freien Debatte zu öffnen, der tiefen Erfassung dessen, was auf dem Kontinent vor sich geht, und der Potentiale, die der Volkskampf in allen seinen Formen zum Projekt der Einheit beiträgt.

Die Einheit mit Blick auf den demokratischen Frieden

Welche Bedeutung hat der gegenwärtige Prozess der Einheit für einen Wandel, der Frieden und friedliches Zusammenleben in Kolumbien in sich birgt?

Der Plan Colombia ist das Programm der kolumbianischen Regierung für den Kampf gegen die Guerilla im Lande, er ist Teil eines in den USA entwickelten, strategischen Sicherheitskonzepts für den amerikanischen Kontinent. 2005 bewilligten die USA 3,7 Milliarden Dollar Militärhilfe für den Plan Colombia. Bereits 2004 hat der US-Kongress eine Verdoppelung des US-Militärpersonals in Kolumbien beschlossen. Der Großteil der personellen militärischen Unterstützung erfolgt jedoch durch Privatarmeen. (Red.)

Vor allem ist anzuerkennen: Es existiert nicht nur ein historischer bewaffneter Konflikt sozialen und politischen Charakters, sondern die aufständischen Kräfte kämpfen auch für einen demokratischen politischen Wandel, der den Weg zum Frieden mit sozialer Gerechtigkeit und Souveränität frei macht. Einerseits kann nur ein politischer Wandel oder, wie wir gesagt haben, nur eine demokratische Regierung wirklich die Türen zu einer politischen Lösung durch Verhandlungen öffnen. Andererseits kann nur ein demokratischer Frieden – das heißt, ein Frieden, der soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, die volle Ausübung der politischen Freiheit schafft, die entscheidende Einwirkung des Volkes auf die grundlegenden Angelegenheiten des öffentlichen Lebens ermöglicht, eine neue Wirtschaft hervorbringt, die vom gesellschaftlichen Interesse geleitet ist, nicht durch das transnationale Kapital, den Latifundismus und den Narkokapitalismus – die Aussicht auf ein stabiles Zusammenleben bieten, das durch demokratische Normen geregelt und von der Bedrohung durch den Staatsterrorismus und die bewaffnete Antwort darauf befreit ist.

Kann man mit den Zielen des demokratischen Wandels und des demokratischen Friedens übereinstimmen? Ja, das kann man. Und es ist außerdem eine Aufgabe, die für alle Revolutionäre und alle demokratischen Kräfte von Interesse ist. Das bedeutet nicht, dass man die Differenzen, die Kritik an den Kampfmethoden oder die unterschiedlichen Herangehensweisen an das Verhältnis zwischen dem demokratischen Frieden (als unmittelbares Ziel), der Revolution und dem Sozialismus außer acht lassen soll. Das Ideario de Unidad legt Elemente auf den Tisch, die in die folgende Richtung gehen: Der Einheitsprozess kann die Bedingungen für einen großen Schritt hin zum Frieden schaffen. Er bekräftigt außerdem den Gedanken, dass es notwendig ist, die Ursachen zu überwinden, die den bewaffneten Konflikt als Teil der politischen Realität des Landes hervorgebracht haben und weiter nähren.

Man muss die Angst und die Vorurteile besiegen, die durch das System erzeugt werden, um die Gesellschaft zwischen Aufständischen und Aufstandsbekämpfung zu spalten. Die wahre Differenzierung ist die zwischen den Eigentümern des Kapitals, den Privilegien, der Korruption, der Antidemokratie, dem Paramilitarismus und der Gewaltausübung von Seiten der Macht, den Kräften, die ihre Form der Herrschaft aufrechterhalten und verewigen wollen, und der überwältigenden Mehrheit der Kolumbianer und Kolumbianerinnen, die ein neues Land erstreben. Das Projekt von Alvaro Uribe, eine Gesellschaft zu formieren, die blind in den Kampf gegen die Aufständischen eingereicht ist, die ihre eigenen Ängste vergisst und hoffnungsvoll dem überlebten und paternalistischen Diskurs eines falschen Propheten lauscht, unterschätzt die tiefen Veränderungen, die im Volksbewusstsein vor sich gehen. Eine neue Subjektivität entsteht, und unsere Pflicht ist es, sie im Kampf der Ideen durch die politische Niederlage des neoliberalen Projekts der militärischen Konfrontation mit den aufständischen Kräften zu fördern.

Es handelt sich um den Kampf der kolumbianischen Guerilla, insbesondere die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und die ELN (Ejército de Liberación Nacional), gegen die Ultrarechten und die bestehenden Verhältnisse in Kolumbien. Sie finanzieren ihren Kampf zum größten Teil aus Schutzgeldern und aus dem Drogengeschäft. Drogen bilden auch eine wirtschaftliche Basis für die ultrarechten Paramilitärs, auf deren Konto die grausamen Massaker an der Zivilbevölkerung und politische Attentate gehen. Sie werden inoffiziell aber effizient von Militär- und Regierungskreisen unterstützt und übernehmen vielfach die mörderische Drecksarbeit, zu der sich das offizielle Militär zu schade ist. (Red.)